

Haushaltsberatung im Bundestag

Zehn Tage vor der Wahl kommt der Bundestag am heutigen Donnerstag noch einmal zusammen, um in einer zweitägigen Aussprache den Entwurf des Bundesetats

2003 zu behandeln. Gegen Ende des Wahlkampfes geht es aber nicht mehr um eine

ernsthafte Auseinandersetzung in der Sache. Vielmehr wollen Kanzler Schröder und Kandidat Stoiber ihr Aufeinandertreffen am Freitag zu einer Generaldebatte nutzen.

Debatte über ein Phantom

Finanzminister Hans Eichel hat einen Etatentwurf für 2003 vorgelegt, der nie Realität werden kann

Von Oliver Schumacher

Das Zahlenwerk über den Bundeshaushalt 2003 wiegt mehr als eine Fünf-Kilo-Hantel und dominiert jedes Bücherregal. Wenn der Bundestag vom heutigen Donnerstag an in erster Lesung über den Entwurf von Finanzminister Hans Eichel berät, dann können nur eine Hand voll Abgeordnete mit gutem Gewissen behaupten, sie hätten den Überblick behalten. Im Detail ist die Materie komplex, in Wahlkampfzeiten werden im Parlament erst recht die simplen Botschaften überwiegen.

Zehn Tage vor der Wahl am 22. September werden Regierung und Opposition heftig aneinander geraten. Während die rot-grünen Repräsentanten die Erfolge ihres Sparkurses preisen wollen, werden Union und FDP der Regierung vorwerfen, die wahren Zahlen zu verheimlichen. „Eichels Pläne sind bloß ein Märchenbuch“, erregt sich der Liberale Hermann Otto Solms. Der Minister wird seinerseits der Opposition vorwerfen, sie wolle seinen Sanierungskurs torpedieren. „Schulden sind ein süßes Gift, und wie Süchtige sind ihm Union und FDP verfallen“, sagte Eichel vor der Debatte der *Süddeutschen Zeitung*.

Die Wähler haben bei dem Gezänk Mühe, sich ein Urteil zu bilden. Grundsätzlich ist klar: Eichels Planung wird aus mehreren Gründen im kommenden Jahr niemals Realität werden. Erstens gibt es einen formalen Aspekt, im Fachchinesisch Grundsatz der Diskontinuität genannt. Das heißt: Weil der alte Bundestag das Budget bis zur Wahl nicht mehr verabschieden kann, muss der neue Gesetzgeber den legislativen Prozess von vorne beginnen. Zweitens sind im bishe-

rigen Entwurf zum Beispiel die Finanzhilfen für die Flutopfer ebenso wenig berücksichtigt wie Zusatzausgaben, die bei Umsetzung der Hartz-Pläne zur Reform des Arbeitsmarktes entstehen. (Bei einem Wahlsieg der Opposition sind ohnehin andere Schwerpunkte und damit ganz andere Zahlen zu erwarten.)

Der dritte Aspekt ist nicht minder wichtig. Keine Regierung kommt nach ihrer Amtsübernahme um eine ehrliche Analyse der Kassenlage umhin. Mit anderen Worten: Die Budgetplanung für das nächste Jahr hängt maßgeblich davon ab, wie sich Einnahmen und Ausgaben im laufenden Haushalt entwickeln. Bereits Anfang dieses Jahres hatte Eichel erklärt, sein Etat für 2002 sei „auf Kante genäht“. Rückblickend hat der Minister eher unter- als übertrieben. Diese Einschätzung belegt seine jüngst verhängte Haushaltssperre.

Schuld an der Misere ist in erster Linie die unerwartet schlechte Konjunktur und die damit einhergehende hohe Arbeitslosigkeit. (Erschwerend hinzu kommen falsch prognostizierte Effekte der Steuerreform.) Der Finanzminister gerät in die Bredouille, weil die Sozialausgaben explodieren und zugleich die Steuereinnahmen deutlich geringer ausfallen als amtlich berechnet. Selbst wenn es am Ende gelingen sollte, die Neuverschuldung wie angestrebt auf 21,1 Milliarden Euro zu drücken – was aus heutiger Sicht als eine echte Herausforderung erscheint –, so wird der Haushalt 2003 in jedem Fall mit einer Erblast beginnen.

Experten nennen das einen negativen Basiseffekt: Auf der Einnahmenseite füßen die Ziele für das nächste Jahr auf zu optimistischen Annahmen. Minister Ei-

chel hat bereits laut, aber wenig konkret darüber nachgedacht, weiter zu kürzen, zu strecken und zu streichen. Ohne neue Sparrunde dürfte ihm der Etat außer Kontrolle geraten. Zumal die meisten Fachleute bezweifeln, dass Eichels Wachstumsprognose von 2,5 Prozent in 2003 zu erreichen ist.

Zündstoff gibt es also genug in der zweitägigen Haushaltsdebatte, auch weil erstmals ein prominenter Vertreter der Regierungskoalition Kritik an Eichels Darstellung der Finanzlage geübt hat. Nach Einschätzung des grünen Haushaltsexperten Oswald Metzger wird Deutschland 2002 die 3,0-Prozent-Grenze beim Defizitkriterium „schrammen“. Laufe es ganz schlecht, sagt Metzger voraus, werde die Bundesrepublik sogar darüber liegen. Rot-Grün hält offiziell an seiner Prognose von 2,5 Prozent fest. In diesem Fall müsste die Bundesrepublik keinen blauen Brief aus Brüssel fürchten. Für Unionsfraktionschef Friedrich Merz steht dagegen fest: Wegen seiner verfehlten Politik wird Rot-Grün die Latte reißen.

Der Parteienstreit über einen möglichen EU-Tadel drängt ein Verdienst von Schröders Kabinett in den Hintergrund. Rot-Grün vermochte seit 1998 die Neuverschuldung des Bundes fast zu halbieren – vorausgesetzt, in 2003 wird eine Nettokreditaufnahme von 15,5 Milliarden Euro nicht überschritten. Nur wenn diese Vorgabe erreicht wird, gibt es eine realistische Chance, dass der Bund im Jahr 2006 endlich wieder einen Haushalt ohne neue Schulden auflegen kann.

Entwurf für den Bundeshaushalt 2003

Einzelplanübersicht; Angaben in Millionen Euro

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

BM für Arbeit und Sozialordnung	93431,31	+1,3
Bundesschuld	40690,52	-1,2
BM für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen	26364,31	0,0
BM der Verteidigung	24388,62	+3,2
Allgemeine Finanzverwaltung	10310,40	-11,3
BM für Bildung und Forschung	8608,17	+2,6
Versorgung	8806,02	-2,2
BM für Wirtschaft und Technologie	5987,96	-9,2
BM für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	5706,98	+0,2
BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	5195,08	-3,7
BM des Inneren	3957,03	+8,0
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3800,00	+2,7
BM der Finanzen	3347,88	-3,5
Auswärtiges Amt	2252,98	+4,4
Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	1532,85	+2,0
Deutscher Bundestag	552,02	-2,5
BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	541,95	-1,4
BM für Gesundheit	363,83	-73,8
BM der Justiz	351,13	+1,6
Bundesrechnungshof	76,19	-4,8
Bundespräsident und Bundespräsidialamt	20,81	+0,8
Bundesrat	17,66	-2,3
Bundesverfassungsgericht	16,28	+1,8



Finanzminister
Hans Eichel

Gesamtübersicht Angaben in Milliarden Euro	Soll		Entwurf			Finanzplan	
	2002	2003	2004	2005	2006		
Ausgaben	247,5	246,3	245,1	245,5	249,4		
Veränd. ggü. Vorjahr (v.H.)		-0,5	-0,5	+0,2	+1,6		
Einnahmen							
Steuereinnahmen	199,2	204,8	214,0	219,5	231,0		
Sonstige Einnahmen	27,2	26,0	20,9	21,0	18,4		
darunter:							
Bundesbank-/EZB-Gewinn	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5		
Privatisierung	7,6	6,0	0,0	0,0	0,0		
Münzeinnahmen	2,7	0,7	0,8	0,8	0,8		
Neuerschuldung	21,1	15,5	10,2	5,0	0,0		
Ausgaben für Investitionen	25,0	25,3	26,1	25,4	25,6		

SZ-Grafik. Mankia / Quelle: Bundesministerium der Finanzen / Foto: ddp, SZ-Archiv